

per Mail

Gemeinde Wardenburg
Herrn Bürgermeister Reents
und allen Ratsmitgliedern

Für APE 26.01.2023
Ihr Zeichen
Nachricht vom

Datum 24.01.2023
Bearbeiter Holger Lebèus

Antrag zum TOP 11 Windenergie Rote Erde:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Reents,
Sehr geehrte Ratskolleginnen und -Kollegen,

Bündnis 90 / Die Grünen beantragen:

1. Der Grundsatzbeschluss des Rates der Gemeinde Wardenburg vom 20.10.2016, im Gebiet der Gemeinde Wardenburg keine weiteren Sonderbauflächen Wind auszuweisen, wird aufgehoben. (Dieser Teil bleibt unverändert)

Änderungsantrag:

2. **Die Punkte 2. – 6. Der Beschlussvorlage werden bis zur nächsten Sitzung des APE zurückgestellt. Bis dahin entwickelt der Vorhabenträger ein Modell, mit dem Bürgerinnen und Bürger sich finanziell an dem geplanten Windpark beteiligen und festgelegte Renditen erzielen können. Das Modell soll verbindlicher Bestandteil des Durchführungsvertrages werden. Zudem soll der Vorhabenträger die im Antrag erwähnte Entschädigungsregelung schriftlich ausformulieren und diese ebenfalls verbindlicher Bestandteil des Durchführungsvertrages werden.**
3. **Es wird an den Vorhabenträger appelliert mit allen unmittelbaren Anliegern / Bewohnern schon im Vorfeld und nicht erst im offiziellen Verfahren Kontakt aufzunehmen und zu versuchen deren Anliegen angemessen und möglichst einvernehmlich zu berücksichtigen.**

Begründung:

Prinzipiell wird der Antrag des Vorhabenträgers positiv zur Kenntnis genommen. Um die Energiewende voranzubringen ist es unabdingbar zusätzliche Windenergiestandorte zu finden und den Bau von Anlagen möglichst zügig auf den Weg zu bringen. Dazu müssen auch Flächen außerhalb des „F-Planes Wind von 1998“ herangezogen werden dürfen. Gleichzeitig sind jedoch die Belange der unmittelbar Betroffenen hinreichend zu berücksichtigen. Darüber hinaus ist es sinnvoll, die im Koalitionsvertrag als



Ziel festgeschriebene Möglichkeit der finanziellen Beteiligung der örtlichen Bürgerschaft vorzugeben, um die Akzeptanz der Energiewendemaßnahmen in der Bevölkerung zu erhöhen. Unseres Wissens ist die Landesregierung dabei ein entsprechendes Gesetz zur Beteiligung vorzubereiten. Kurz davor noch einen Windpark ohne eine solche Beteiligung „durchzuwinken“ halten wir für problematisch und dies würde auch in der Öffentlichkeit kein gutes Licht auf die Ratsarbeit und die Kommune werfen.

Freundlich grüßt



Holger Lebèus

für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen